



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/VI/2

3. Januar 1951

Hinweise
auf den Inhalt:

Die ostzonale Anbiederung	S.1
Sorgen der französischen Kommunisten	
-Bericht aus Paris -	S.3
"Massenbewegung der Selbstnormer"	S.5
Eine interessante Zeitungs-Glosse	S.6

Mit Grotewohl an einem Tisch?

F.R. Die Frage wird jetzt viel behandelt, ob es in der nächsten Zeit doch zu einem Gespräch mit Vertretern der Sowjetzone kommen könnte. Das Thema der deutschen Einheit ist neben dem der Erhaltung des Friedens das grösste deutsche Anliegen. Jede Überlegung, die diesem Gegenstand gilt, muss in äusserstem Ernst angestellt werden.

Bei der Behandlung der ostzonalen Einladung an die Bundesregierung hat man in Westdeutschland zu wenig darauf geachtet, mit welcher hysterischen Aufäringlichkeit und plumpon Holzhammermanier das Verlangen des Ostens sichtbar wurde, unter allen Umständen mit dem Westen ins Gespräch zu kommen. "Zu Tausenden häufen sich im Büro Otto Grotewohls Briefe, Telegramme, Resolutionen und Zustimmungserklärungen zu seiner Botschaft an Dr. Adenauer. Tausende und aber Tausende von Organisationen, Vereinigungen, Wirtschaftsgruppen und Einzelpersonen haben in den vergangenen Wochen zum Ausdruck gebracht...", schrieb ein westdeutsches Kommunistenblatt. Leider gibt es in Westdeutschland immer noch Menschen, die nicht schon dieser Wirbel und diese fast gewalttätige Anbiederung stutzig macht.

Die gescheiterten Waiwen sagen: "Lasst sie doch miteinander sprechen, so enthüllt man die Verlogenheit der ostzonalen Vorschläge am besten. Ein glattes Nein leistet den Absichten der Grotewohl-Ulbricht und ihrer russischen Auftraggeber nur Vorschub, die Glauben machen wollen, dass die Spalter Deutschlands in Westdeutschland

sitzen'. - Als ob es irgend ein anderes Ergebnis solcher Besprechungen für die östlichen Machthaber geben könnte oder auch nur geben darf als diese Feststellung! Selbstverständlich lässt sich ausserdem für eine Propagandamaschine wie die sowjetisch-sedistische aus einer solchen Konferenz (was für agitatorische Chancen liegen allein in der de-facto-Anerkennung, die mit einer Konferenz, ja schon mit einer direkten offiziellen und formellen Antwort verbunden wäre!) etwas ganz anderes herausholen, als aus der Tatsache, daß sie nicht zustande kommt, mit der man gewiss auch arbeiten kann und wird.

Grotewohl hat im "Neuen Deutschland" ungeduldig gefragt, wo Adenauers Antwort bliebe. Er hat dabei mit gespielter Objektivität fünf Gründe angeführt und zu widerlegen versucht, die bisher einer positiven Antwort an ihn im Wege standen - den einen entscheidenden hat er nicht genannt: dass man im Westen den Leuten der SED jede Legitimation für solche Verhandlungen bestreitet, weil sie durch Terror und Täuschung, aber nicht durch echte Wahlen in ihre politischen Positionen gekommen sind. Sie fehlt auch deshalb, weil Deutschland ein besetztes Land ist, wobei es in diesem Zusammenhang nebensächlich ist, dass der Grad der Fühlbarkeit dieser Besatzung sehr unterschiedlich ist. Hinzu kommt, was Grotewohl auch vergaß, die Mitschuld dieser Politiker an der Verschleppung und dem Tod von Tausenden von unschuldigen Deutschen, die es unmöglich machen sollte, sich mit ihnen an einen Tisch zu setzen. Eine Begegnung zwischen Deutschen unter so ernststen Umständen und so entscheidendem Ziel müsste schon in der Anlage alle Elemente eines echten Gespräches enthalten: gleiche Legitimation, gleichen Grad der politischen Entscheidungsfreiheit, gleichen guten Willen zu einer Lösung zu kommen, die mehr ist als ein Bluff oder ein Trick.

Man soll das Nein in einer öffentlichen Erklärung, nicht in einer direkten Antwort klar und überzeugend begründen und diesen Beschlusse über alle denkbaren Kanäle denen zuleiten, auf die gerade die bolschewistische Propaganda mit einer solchen Schaukonferenz wirken will. Jeder andere Weg bedeutet ein Eingehen auf das unaufrichtige Spiel der Gegenseite. Die ausschließliche Entscheidung liegt heute wie vor Jahren ohnehin bei den feindlichen Alliierten.

Sorgen der französischen Kommunisten

A.F. Paris, Anfang Januar

Die kommunistischen Parteien Westeuropas sind zur Zeit in keiner glücklichen Lage. Nach offiziellen Mitteilungen ist z.B. die Zahl der Mitglieder der französischen KP in zwei Jahren um rund 120.000 zurückgegangen, wahrscheinlich ist dieser Schwund aber noch wesentlich grösser. Besonders beunruhigend aber für die Parteiführung ist die zunehmende Gleichgültigkeit ihrer Mitglieder und ihrer Freunde.

Das beste äussere Merkmal der kommunistischen Schwierigkeiten ist wahrscheinlich die Krise der gesamten Parteipresse. Es handelt sich hierbei teilweise um eine allgemeine französische Erscheinung, die nicht nur den Kommunisten Kopf-zerbrechen bereitet. Der Auflagerückgang überschreitet aber bei den kommunistischen Blättern ganz erheblich den Landesdurchschnitt. Zwischen 1946 und 1950 ist die Auflage der "Humanité" von 600.000 auf 212.000 zurückgegangen, und die kommunistische Abendzeitung "Ce Soir" von 500.000 auf 220.000. Damit haben beide Zeitungen nicht mehr Leser als 1939, d.h. zu einer Zeit, in der die kommunistische Partei Frankreichs noch sehr schwach war. Zahlreiche der insgesamt 50 Provinz-Tageszeitungen, die im Augenblick der Befreiung Frankreichs dank der politischen Geschicklichkeit der Kommunisten das Licht der Welt erblickten, sind inzwischen wieder verschwunden, und die noch überlebenden Blätter kämpfen mit erheblichen finanziellen Schwierigkeiten. Nach den offiziellen Angaben der Partei hat die kommunistische Tagespresse im ganzen Lande noch eine Auflage von einer Million Exemplaren, sachkundige Beobachter halten jedoch diese Zahl für übertrieben.

Die politischen Ermüdungserscheinungen machen sich auf breiter Ebene bemerkbar. Der kommunistische Versuch, die Arbeiter zu veranlassen, die Herstellung von Waffen oder die Verladung amerikanischer Waffensendungen zu verweigern, ist sowohl in den Fabriken als auch in den Häfen völlig gescheitert. Nichts musste für die kommunistischen Führer ernüchternder wirken, als ein von dem der kommunistischen CGT angeschlossenen Hafentarbeiterverband in Marseille an die Wand geklebttes Plakat, in dem die Mitglieder der ebenfalls kommunistischen "Vereinigung der französischen Frauen" aufgefordert wurden, in Zukunft besser ihre Wäsche zu Hause

zu waschen, als sich um die Angelegenheiten der Docker zu kümmern. Einer der massgebenden Kommunisten, Florimond Bonte, stellte in der Wochenzeitung "France Nouvelle" fest, die Zahl derjenigen Funktionäre, die sich bei den Parteiärzten über Ermüdungserscheinungen, Gedächtnisschwund und mangelnde geistige Klarheit beschwerten, würde immer grösser. "Die betreffenden Personen fühlen sich nicht mehr auf der Höhe der Aufgaben, die sie zu erfüllen haben. Gleichzeitig hat sich ihr Charakter verbittert. Diese Kranken sind nervös, zornig usw. geworden. Sie verlieren leicht die Kontrolle über sich selbst." Weshalb ein derartiger Artikel veröffentlicht wird, ist schwer zu sagen. Die Tatsache als solche ist aber höchst aufschlussreich für die inneren Verhältnisse in der kommunistischen Partei Frankreichs.

Die Hauptstärke der Kommunisten lag bisher in den zahlreichen Zellen, die sie überall organisierten, besonders in den einzelnen Betrieben. Auch hier ist nach Mitteilung der Parteileitung ein erheblicher Rückgang festzustellen. In der Pariser Gegend wurden 1950 314 Betriebszellen weniger als 1947 gezählt, in Marseille 256, in Toulouse 100, in St. Etienne 104, in Lyon 46 usw. In der Gegend von Paris sind 1800 Betriebe mit 50 Arbeitern und mehr und 1.000 Fabriken mit weniger als 50 Arbeitern zur Zeit ohne kommunistische Betriebszelle. Jede Zelle trifft sich für eine Arbeitssitzung mindestens einmal wöchentlich und verteilt bei dieser Gelegenheit die verschiedenen politisch-propagandistischen Aufgaben. Einer der Gründe des organisatorischen Rückgangs der Kommunisten ist zweifellos diese dem französischen Temperament wenig genehme arbeitsmässige Belastung der Parteimitglieder.

Ein weiteres nicht zu unterschätzendes Passivum des Kommunismus in Frankreich ist die ständig wachsende politische Verwirrung in den Reihen der Partei. Die Mitglieder bis zu den Abgeordneten in den Gemeinden und Lokalparlamenten sind nicht immer fähig, sich dem häufigen taktischen Stellungswechsel der Parteileitung anzupassen, und sogar oft widersprechen auch die von der Partei ausgegebenen Richtlinien ihren eigenen, ehrlichen Überzeugungen. Es mehren sich auch die Fälle, in denen Funktionäre öffentlich aus der Reihe tanzen und die Häufigkeit dieser Fälle lässt darauf schliessen, dass die kommunistische Partei Frankreichs lange nicht so geschlossen ist, wie es ihre Führer gern

haben möchten. Der beste Beweis hierfür ist der Beschluss der Parteileitung, in Zukunft jeweils ein Mitglied des Zentralkomitees für die Organisation eines oder mehrerer Bezirke persönlich und dauernd verantwortlich zu machen.

"Massenbewegung der Selbstnormer"

Noch stärkere Ausbeutung im "Fünfjahresplan"

G. In Kürze wird mit grossem propagandistischen Aufwand der "Fünfjahresplan" in der Ostzone gestartet. Alle volkseigenen und die wenigen noch in privater Hand befindlichen grösseren Betriebe verfassen bereits unentwegt Resolutionsen, nach denen die bisherigen betrieblichen Produktionsziffern in den nächsten Jahren um 100 Prozent, um 200, ja 300 Prozent gesteigert werden sollen. Verschiedene Volksbetriebe schiessen mit einer geplanten Arbeitsnorm-Erhöhung um 1000 Prozent den Vogel ab.

Aber der "Fünfjahresplan" bedeutet schliesslich nichts anderes als eine gesteigerte Form der Ausbeutung des Arbeiters und Angestellten. Denn jetzt wird ein weiterer Schritt zur höchstmöglichen Ausnutzung der menschlichen Arbeitskraft eingeleitet, und zwar mit der "Massenbewegung der Selbstnormer". In allen Betrieben werden "Selbstnormer-Aktive" gebildet, die alle bisherigen Arbeitsnormen revidieren und neue, weit höhere Normen festsetzen sollen. Jedes "Selbstnormer-Aktiv" soll und muss eine "fortschrittliche Haltung" dadurch beweisen, möglichst alle bisherigen "veralteten, unzeitgemässen Arbeitsnormen" ausser Kraft zu setzen.

Wie hiess es seinerzeit bei der Verkündung des "Fünfjahresplans"? Nur durch neue revolutionäre Arbeitsmethoden kann der "neue Plan" erfolgreich durchgeführt werden. Diese Methoden sind jetzt sichtbar. Der "Fünfjahresplan" wird für den Arbeiter in der Ostzone eine Zeit der harten Fron und des teuflisch ausgeklügelten Antreibersystems werden. Allein die kommunistische Industriegewerkschaft "Metall" in der Ostzone will bis Ende 1951 mindestens 50 Prozent aller in den volkseigenen Metallbetrieben Beschäftigten in "innerbetriebliche Wettbewerbe" einbeziehen. Das heisst mit anderen Worten: die Arbeitskraft der Belegschaften bis zum letzten auszuschöpfen bei gleichzeitigem strengem Verbot des freiwilligen Arbeitsplatzwechsels und einer scharfen Drosselung der "Krank-

meldungen".

Die Diktatur über das Proletariat ist in der Ostzone in vollem Gange. Der "Fünfjahresplan" wird aufgrund seiner Struktur vorweg die sowjetischen Rüstungsinteressen stärken, aber die sozialen und kulturellen Errungenschaften deutscher Arbeiter vollends zunichte machen.

Vergebliche Vorleistungen

sp. In einem Ausblick auf das neue Jahr schreibt die besonderer Sympathien für die Sozialdemokratie gewiss unverdächtige "Rhein-Neckar-Zeitung" u.a.:

"Nüchtern ausgedrückt bedeutet dies, dass sich die von der Bundesregierung seit einem Jahr verfolgte Politik der Vorleistungen nicht ausgezahlt hat. Es begann mit den deutschen Zugeständnissen im Petersberg-Abkommen, das als erster grosser aussenpolitischer Erfolg gefeiert wurde: Die Billigung eines Teils der geplanten Demontagen hat aber dazu geführt, dass heute noch demontiert wird. Die Zustimmung zum Ruhrstatut hat die Folge, dass heute die deutsche Kohlenversorgung in alliierten Händen liegt. Das Ausmaß der Enttäuschung kann man an dem Wort eines prominenten Kabinettsmitgliedes ermessen: "Dieser Kurs hat sich bitter gerächt".

Eine interessante Zeitung

sp. Ein in den letzten Wochen aus der Tschechoslowakei nach Bayern entkommener Sudetendeutscher erzählte Freunden die folgende heitere, aber kernzeichnende Episode: Anfang Oktober fand das Blatt "Obrana Lidu" ("Volkwehr") im ganzen Lande reissenden Absatz. Besonders in den grösseren Städten war die betreffende Nummer im Nu ausverkauft. Gleichzeitig begann ein Sturm auf die Optikerläden, bis das letzte Vergrösserungsglas ausverkauft war. Was hatte sich ereignet?

Die "Obrana Lidu" hatte in ihrer Art über das Prchala-Abkommen berichtet und es natürlich nach Strich und Faden heruntergerissen und lächerlich zu machen versucht, zugleich aber auf der Titelseite die Fotokopie einer deutschen Zeitung wiedergegeben, die den Text des Abkommens enthielt. Verständlicherweise waren die tschechischen Leser neugierig darauf, wie denn das Abkommen wirklich lautet. Zu diesem Zwecke wurden die Lupen gebraucht, die nicht nur den wirklichen Inhalt des Abkommens, sondern auch die Einstellung der Leser offenbarten. Wie ein kostbares Kleinod wurden Zeitung und Vergrösserungsglas von Hand zu Hand gereicht und seit Jahren ist noch keine Zeitung so gründlich studiert und gelesen worden, wie die fragliche Nummer der "Obrana Lidu". Das Abkommen fand allgemeine Zustimmung und war für Wochen das Gesprächsthema unter vier Augen.